

# sozialdemokratischer pressediens

F/XXVIII/60

27. März 1973

Sozialdemokraten gründen den "Alpenrat"

---

Enge Zusammenarbeit über Mitteleuropas Staats-  
grenzen

Von Volkmar Gabert MdL  
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Bayern  
Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

"Auf den Spuren des Dr. Goebbels"?

---

Notwendige Klarstellungen zu einem Presse-  
rechts-Artikel

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Presse und Massen-  
medien der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 71 Zeilen

Der Weg ins Sektierertum

---

Zum Eintritt der Stamokap-Leute in die DKP

Seite 5 / 34 Zeilen

Diskussion zum "Orientierungsrahmen 85"

---

Beiträge zu der Kritik von links und rechts

Seite 6 / 41 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 436  
Pressehaus 1. Zimmer 217-224  
Telefon: 88 60 37 - 38  
Telex: 888 846 / 888 847  
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

### Sozialdemokraten gründen den "Alpenrat"

Enge Zusammenarbeit über Mitteleuropas Staatsgrenzen

Von Volkmar Gabert MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Bayern

Vor nicht ganz drei Jahren hatten sich in Bozen Vertreter der Sozialistischen Partei Österreichs aus Tirol, der Sozialistischen Partei Italiens aus der Region Bozen, der Südtiroler Fortschrittspartei und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus Bayern erstmals getroffen, um über die Zusammenarbeit in Fragen von Raumordnung und Umweltschutz zu beraten.

Das Ergebnis dieses Gespräches war die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen Parteien der Alpenregion gewesen, deren Vertreter Mitte März zu ihrer 4. Tagung in Hofgastein zusammen gekommen sind. Diesmal beteiligten sich an der Arbeitsgemeinschafts-Sitzung außer den Delegierten der bereits genannten Parteien auch die Vertreter der SPÖ aus Salzburg und aus Vorarlberg sowie Vertreter der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Schon in den letzten drei Jahren konnten durch Gespräche der sozialdemokratischen Vertreter der Parlamentsfraktionen aus diesen Ländern Erfolge erreicht werden. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich mit der Trassenführung der sog. Autostrada Alemagna beschäftigt, die durch das Zillertal geplant ist, und das Ergebnis war, daß die sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen die Auffassung vertreten, daß eine Trassenführung durch das Zillertal allen Grundsätzen des Natur- und Umweltschutzes widerspricht.

Außerdem wurden Fragen der Verschmutzung des Chiemsees in Bayern durch die Tiroler Aache und einer geplanten Umleitung dieses Flusses nach Kufstein zwischen Vertretern der Landtagsfraktionen

der beiden Länder besprochen und wichtige Ergebnisse erreicht, die letzten Endes den Chiemsee als eines der wichtigsten Erholungsgebiete erhalten.

In Hofgastein wurde weiter die Verschmutzung der Salzach durch die Abwässer von Papierfabriken besprochen, wobei erreicht werden konnte, daß die Österreichische Bundesregierung die Bemühungen der Papierindustrie um eine Minderung der Abwässer durch finanzielle Hilfe unterstützen wird. Dies würde die Wasserqualität der Salzach und damit des Inns und der Donau wesentlich verbessern.

Für die Zukunft wurde vereinbart, daß die Arbeitsgemeinschaft den Versuch unternehmen soll, einen "Alpenrat" ins Leben zu rufen. Dieses Gremium soll aus Vertretern der Parlamente, aller Fraktionen, der Regierungen und Verwaltungen, aber auch der maßgeblichen Verbände bestehen und sich um Fragen der Raumordnung und Landesplanung, des Natur- und Umweltschutzes, des Bodenrechts, der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs kümmern und für die regionalen Parlamente Empfehlungen zur Koordination ausarbeiten. Ein funktionierender "Alpenrat" wäre von ganz großer Bedeutung, weil die Zentralalpen das wichtigste Wasserreservoir und das wichtigste Erholungszentrum für weite Teile Europas sind. Das gleiche gilt für die klimatische Entwicklung und auch die Fragen der Energieversorgung werden eine entscheidende Rolle spielen. Insgesamt kommt es darauf an, Gesetze und Verordnungen aufeinander abzustimmen.

Es wurde vereinbart, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion Bayern als Informations-Koordinierungsstelle tätig werden soll. Dadurch soll die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen der Regionalparlamente noch verbessert werden. Eine Kommission aus den Parlamentsfraktionen wird sich mit der Ausarbeitung der Grundsätze für einen "Alpenrat" beschäftigen. Die Arbeitsgemeinschaft wird schon Anfang Juli in der Region Bozen/Trient ihre nächste Sitzung durchführen.

(-/27.3.1973/ks/

"Auf den Spuren des Dr. Goebbels"?

Notwendige Klarstellungen zu einem Presserechts-Artikel

Von Helmut Sieglerschmidt MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Presse und  
Massenmedien der SPD-Bundestagsfraktion

"Auf den Spuren des Dr. Goebbels", so lautet die Überschrift eines Artikels von Klaus Besser, den Springers "Welt" aus einem Bonner "Journal" übernommen hat, das sich zwar "Esprit" nennt, seinem Namen aber mit diesem Beitrag keine Ehre macht. Kernpunkt der Anwürfe ist die Behauptung, daß nach den Vorstellungen "der" SPD-Presseexperten die vom Verleger festzulegende publizistische Grundhaltung einer Zeitung nur mit Zustimmung der Redaktionsvertretung geäußert werden dürfe.

Die Vorstellungen "der" SPD-Presseexperten können aber allein aus den einschlägigen Beschlüssen des Parteitages, des Parteivorstandes oder der Massenmedien-Kommission beim Parteivorstand der SPD entnommen werden. Dort wird vom Verleger die Veröffentlichung seiner publizistischen Grundhaltung verlangt; es bleibt ihm jedoch unbenommen, sie auch ohne Zustimmung der Redaktionsvertretung zu ändern. Ich gehe davon aus, daß Klaus Besser die vorerwähnten Beschlüsse gelesen hat. Danach bleibt für mich nur noch die Möglichkeit, daß die eingangs genannte unwahre Tatsache wider besseres Wissen verbreitet wurde. Bei allen Meinungsverschiedenheiten in der Sache selbst würde ich es begrüßen, wenn der Verfasser des Artikels eine Erklärung abgeben könnte, die eine andere Schlußfolgerung zuließe.

Auf der vorstehend dargelegten falschen Voraussetzung aufbauend, versteigt sich Besser zu der Behauptung, "der absurde Gedanke, daß sich ein Verleger auf eine Linie festlegen muß", stamme übrigens nicht von SPD-Experten, sondern von Dr. Goebbels. Er verweist dazu auf das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933. Im weiteren Verlauf wird schließlich dann in diesem Zusammenhang in perfider Weise die rhetorische Frage gestellt, ob wohl einige

der Bonner Medien-Experten sogar dasselbe wie die Nazis wollten.

Auch hier ist aber - um es im Fachjargon auszudrücken - schon die der Kommentierung zugrundeliegende Nachricht falsch. Dabei mag dem Verfasser in diesem Falle Unkenntnis zugute zu halten sein. Nicht von Dr. Goebbels nämlich stammt "der absurde Gedanke", dem Verleger aufzugeben, seine publizistische Grundhaltung festzulegen. Vielmehr ist dieser Vorschlag schon in dem vor 1933 vom Journalistenverband erarbeiteten Gesetzentwurf enthalten gewesen, der in der Weimarer Republik nicht mehr Gesetz geworden ist. Übrigens findet sich eine entsprechende Bestimmung auch in dem Entwurf eines Presse-rechtsrahmengesetzes des damaligen CDU-Innenministers aus dem Jahre 1952. Daß Dr. Goebbels wertvolle gesetzgeberische Vorarbeiten - wie das übrigens damals in anderen Fällen auch geschehen ist - unter grundlegender Veränderung der Gesamtkonzeption für seine dunklen Zwecke mißbrauchte, das steht auf einem anderen Blatt. Aber niemand wird wohl auf den Gedanken kommen, die von Hitler gebauten Autobahnen deswegen zu verdammen, weil er sie unter anderem auch als Rollbahn für seine Angriffsarmeen benutzt hat.

Die Bonner Medien-Experten, die ich kenne, lassen sich im Übrigen weder, wie es in dem Besser-Artikel heißt, von einem Teufel reiten, der Axel Springer heißt, noch benutzen sie ihn als Buhmann. Manchmal hat man fast den Eindruck, daß Springer, der in seiner "Welt" neben dem Artikel Bessers gleich einen an diesen gerichteten Dankesbrief abdrucken ließ, sich in dieser Rolle des Teufels und Buhmanns nach dem Motto "Viel Feind, viel Ehr!" gefällt. Aber eine solche Dämonisierung hieße in der Tat - und hier stimme ich ausnahmsweise mit Klaus Besser überein - die Macht dieses Verlegers überschätzen und - so füge ich hinzu - auch ihn selbst. Hier geht es nicht um Personen, sondern um Entwicklungstendenzen auf dem Gebiet der Presse, der Gefahren auch nach Ansicht der Verleger drohen, wenn die Entwicklung allein dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleibt.

Ohne auf die sonstigen in dem Artikel Bessers und im Brief Springers enthaltenen bzw. übernommenen Anwürfe und Verdächtigungen einzugehen, kann nach allem abschließend festgestellt werden, daß hier mindestens ein Musterbeispiel für die Verletzung journalistischer Sorgfaltspflicht geliefert wurde. "Auf den Spuren des Klaus Besser" gelangt man jedenfalls nicht zu einer gedeihlichen und sachbezogenen Auseinandersetzung über die wichtigen Fragen des Presserechts.

(-/27.3.1973/bgy/ja)

### Der Weg ins Sektierertum -----

#### Zum Eintritt der Stamokap-Leute in die DKP

Der Trennungsstrich, den die Frankfurter Stamokap-Gruppe zwischen sich und der SPD gezogen hat, ist der aktive Ausdruck der resignierenden Erkenntnis, daß Vertreter des reaktionären Marxismus in einer modernen sozialistischen Partei demokratischen Charakters und Zuschnitts völlig fehl am Platze sind. Der prompte Übertritt der meisten Mitglieder dieser Gruppe zur DKP ist nur das Siegel unter diese notwendige und zwangsläufige Entwicklung, wobei es gewiß nicht unsere Sache, aber die Frage ist, ob die Bachmann-Leute dieses Zuwachses wirklich von Herzen froh sein werden.

Statistiker haben bereits ausgerechnet, daß die im parteipolitischen Kommunismus untergetauchten Stamokap-Gruppler zahlenmäßig weniger als 0,5 vH. der Frankfurter Jungsozialisten ausgemacht haben. Der tatsächliche Einfluß der straff geführten und straff organisierten Gruppe mag vorübergehend größer gewesen sein, zumal sie es durch pausenlose Aktivität erreicht hatten, laufend Schlagzeilen zu machen und für die CDU-Agitation den Eindruck zu erwecken, als ob hier die Quelle einer ernsthaften Gefährdung der inneren und äußeren Einheit der SPD zusammensickern würde. Schließlich wurde der Begriff "Stamokap" zu einer Art Horrormonster, das die bundesrepublikanische Bürgerlichkeit in ihren Grundfesten bedrohte, obwohl kaum einer der Zeter-und-Mordio-Schreier wirklich wußte, was sich hinter der Buchstabenkomposition realiter verbarg. Ein Springerblatt jedenfalls teilte z.B. besorgt mit, daß die Stamokap-Leute den staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik einführen wollten.

Mit dem Aufgehen der Frankfurter Stamokapler in die DKP ist ein hoher Sättigungsgrad in einem Klärungsprozeß prinzipieller Art erreicht worden, der zeitlich von großer Dringlichkeit und sachlich unumgänglich ist. Die Grenzen, die sich auch in dieser weitgespannten und progressiven Volkspartei ergeben müssen, sind jetzt noch einmal für jedermann ganz und unverschiebbar deutlich geworden. Das gilt übrigens für links und für rechts. Der Weg ins Sektierertum verläuft außerhalb der SPD. (ee/27.3.1973/bgy/ee)

Diskussion zum "Orientierungsrahmen 85"

---

Beiträge zu der Kritik von links und rechts

Innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die Diskussion um den "Orientierungsrahmen 85", das früher sog. "Langzeitprogramm", immer noch in vollem Gange. Schon früh hatten sich z.B. die Jungsozialisten mit einer ausführlichen Stellungnahme eingeschaltet. Dieser Text ist jetzt auch als Taschenbuch (im Verlag "Neue Gesellschaft") zugänglich. Die Stichwörter dieser Kritik "Wachstumsfetischismus", "fehlende Analyse" und keine "Durchsetzungsstrategie", haben ihr Echo in zahlreichen Anträgen zum Parteitag in Hannover gefunden.

Weniger beachtet wurden zumindest bisher die Stellungnahmen der Gewerkschaften, der parlamentarischen Opposition, der Wissenschaft und die ergänzenden Kommentare von Mitgliedern und Mitarbeitern der "Langzeit-Kommission". Sie sind nun in Auswahl ebenfalls als Nr. 4 in dieser Taschenbuchreihe erschienen. Dabei verwundern nur den bisher vielleicht etwas einseitig Informierten die im Grundtenor positiven Stellungnahmen von gewerkschaftlicher Seite und die weitgehende Übereinstimmung zwischen "Orientierungsrahmen 85" und DGE-Zielprojektion.

Die CDU/CSU steuerte ihre gängigen Argumente bei. Neu ist immerhin eine wissenschaftstheoretische Kritik an der Club of Rome-Studie aus der Sicht des Neopositivismus. Einzelne Problem-bereiche mittelfristiger gesellschaftlicher Planung behandeln Herbert Ehrenberg (Investitionslenkung), Volker Schmidt (Fort-schreibung oder Innovation), Uwe Leonardy (Bund/Länder-Verhältnis) und Reinhart C. Bartholomäi (Soziale Indikatoren). Erstmals wird eines der für die Kommission geschriebenen Arbeitspapiere (zum Problem der Bildungsausgaben) aus der Feder des Kommissi-onsmitgliedes Prof. Dr. C. C. von Weizsäcker veröffentlicht. Die hier vorgenommenen Berechnungen zeigen, wie komplex derartige Überlegungen sein müssen. Andererseits wird im Bildungs-sektor der Übergang zur nachindustriellen Gesellschaft besonders deutlich. Beiträge weiterer Wissenschaftler wie Prof. Dr. Os-wald von Nell-Breuning (zur Bodenwertzuwachsbesteuerung) und Prof. Bernhard Gahlen (mit Fritz Rahmeyer) folgen.

Die meisten dieser Beiträge sind kritisch; wie wäre das auch anders zu erwarten. Sie zeigen aber deutlich, daß der Entwurf zum "Orientierungsrahmen 85" ernst genommen wird.

(gs/27.3.1973/bgy/ee)

+ + +  
("Langzeitprogramm 3 - Jungsozialisten" und "Langzeitprogramm 4 - Kommentare"; beide erschienen in der Reihe "Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie" des Verlages "Neue Gesellschaft", Bonn-Bad Godesberg 1973/ DM 5,-- je Band)